



Regierungsratsbeschluss vom 29. April 2025

Ratschlag betreffend Änderung des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen vom 21. April 1994 (Wahlgesetz) und weiterer Erlasse; öffentliche Vernehmlassung	P241692
Anzug Conradin Cramer und Daniel Goepfert betreffend Aufschlüsselung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen nach Quartieren; öffentliche Vernehmlassung	P145352
Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Pilotprojekt „Smart Voting“: Demokratie 2.0; öffentliche Vernehmlassung	P195441
Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend regelmässige Befragungen nach Wahlen und Abstimmungen; öffentliche Vernehmlassung	P215221

1. Der Regierungsrat ermächtigt das Präsidialdepartement, das öffentliche Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen vom 21. April 1994 (Wahlgesetz) und weiterer Erlasse durchzuführen.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den Anzug Conradin Cramer und Daniel Goepfert betreffend «Aufschlüsselung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen nach Quartieren» stehenzulassen.
3. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend «Pilotprojekt «Smart Voting»: Demokratie 2.0» stehenzulassen.
4. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend «regelmässige Befragungen nach Wahlen und Abstimmungen» stehenzulassen.

Begründung

Der Regierungsrat möchte das kantonale Wahlgesetz einer punktuellen Teilrevision unterziehen. Er unterbreitet dazu den politischen Parteien und weiteren interessierten Kreisen einen Ratschlagsentwurf zur öffentlichen Vernehmlassung. Mit der vorliegenden Revision werden die Anliegen aus drei Anzügen des Grossen Rates zum Wahlrecht in neuen oder geänderten Bestimmungen umgesetzt. Zudem sollen einige Anpassungen und Ergänzungen aufgrund von Erkenntnissen bei der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen sowie eine Aktualisierung aufgrund veränderter Umstände vorgenommen werden.

